

Weltnachrichtenmarkt

# Genscher zieht vom Leder

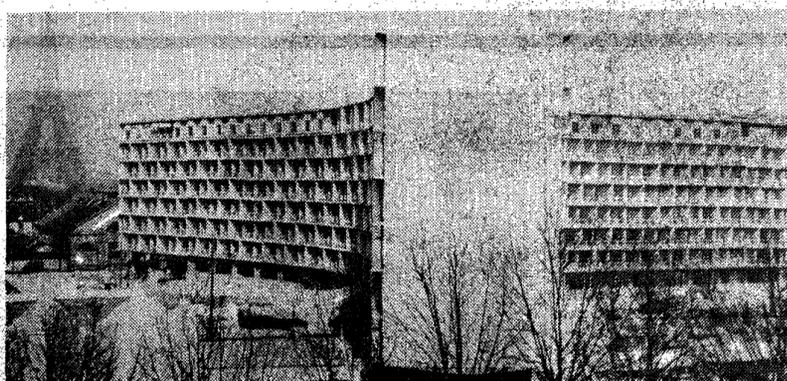
## Moskaus Anschlag auf die Informationsfreiheit auf dem Umweg über die Unesco / Von Josef Joffe

Es war keine alltägliche Rede, die Außenminister Genscher am Montag vor der 20. Generalversammlung der Unesco, der Kulturorganisation der Vereinten Nationen, in Paris gehalten hat. In den Foren der UN-Diplomatie tritt die Bundesregierung sonst eher zaghaft-konziliant auf, doch diesmal fand Genscher ungewöhnlich beherzte Worte gegen ein brisantes Projekt, das seit acht Jahren unter dem unverfänglichen Etikett „Mediendeklaration“ gehandelt wird.

Dazu Genscher: „Mein Land würde jeden Entwurf für eine Mediendeklaration ablehnen, der die Forderung nach staatlicher Kontrolle der Informationsmedien oder nach sogenannter staatlicher Verantwortung für diese Medien enthält... Wir müssen einen Konsensus erreichen — oder wir müssen auf die Deklaration verzichten.“

Warum diese kräftigen Worte vor einem Gremium, das zwar im Erziehungs- und Wissenschaftsbereich viel geleistet hat und nunmehr 146 Mitgliedsländer umfaßt, seine politische Machtlosigkeit aber nur notdürftig hinter automatische Mehrheiten und der hochklingenden Rhetorik der Dritten Welt verbergen kann? Selbst wenn man den Medienentwurf, so wie er heute steht, in zwei Wochen durch einen „Konsensus“ abgesegnet — er bliebe völkerrechtlich unverbindlich. Nur: Auch die Schlußakte von Helsinki ist völkerrechtlich nicht einklagbar, aber sie ist dennoch zu politischen Waffen geworden, die im Osten wie im Westen geizt wird, um den eigenen Interessen moralisches Gewicht zu verleihen — von den Dissidenten ganz zu schweigen.

Zudem geht es hier nicht nur um einen reinen Nord-Süd-Konflikt, in dem die Länder der Dritten Welt ihre berechtigten Klagen mit der gewohnten Selbstgerechtigkeit vorbringen. Der Weltmeinungsmarkt wird in der Tat von einer Handvoll westlicher Agenturen beherrscht, die — so der Unesco-Interim Report zur Mediendeklaration — 80 Prozent der globalen Nachrichten „produzieren“, aber den Problemen der Entwicklungsländer nur 20 bis 30 Prozent widmen — und dann mit Hauptgewicht auf das Sensationelle, Grausame und Bizarre à la Idi Amin.



Konflikte im Kulturpalast: In Paris tagt die 20. Generalversammlung der Unesco. Aufnahme: dpa

Die Schlagworte heißen „Informations-Imperialismus“ und „Entkolonialisierung der Informationen“, aber gesprochen hat sie Igor Semskow, der Delegierte der Sowjetunion, der auch vor Jahren das Signal zu diesem Medienvorstoß geblasen hat. Aus sowjetischer Feder stammt auch die ominöse Formel, die Redakteure und Regierungen im Westen zu Recht in Harnisch versetzt hat: „Staaten sind verantwortlich für die internationalen Aktivitäten aller ihrer Gerichtsbarkeit unterstellten Massenmedien.“

Im Klartext bedeutete diese Kreml-Klausel nichts anderes als einen international verbrieften Zensur- und Kontrollanspruch mit doppelter Schneide: Wie längst im Ostblock praktiziert, erhielten Staatsorgane das moralische Recht, ausländische Nachrichtenagenturen und Journalisten an die Kandare ihrer eigenen Auffassung von „ausgewogener, vollständiger und unparteilicher Information“ zu nehmen; darüber hinaus könnten sie andere Regierungen für die „Aktivitäten“ ihrer Medien — sprich: den grenzüberschreitenden Informationsfluß — haftbar machen. Kein Wunder, daß der Westen angesichts die-

ser massiven Attacke auf die Informationsfreiheit Alarm geschlagen hat; kein Wunder, daß Genscher in Paris eine so ungewöhnlich scharfe Warnung ausgesprochen hat. Denn diese Klausel ist zwar verwässert, aber nicht versenkt worden. Wo früher von der „Verantwortlichkeit“ der Staaten die Rede war, steht jetzt immerhin noch die „Pflicht“ — nämlich dafür zu sorgen, daß sich die Massenmedien „unter ihrer Gerichtsbarkeit“ an die Unesco-Deklaration halten.

So oder so: Der Anspruch auf die regierungsamtliche Gängelung der Medien würde bleiben; an Stelle der möglichst freien, weltweiten Konkurrenz der Nachrichtenströme das Informationsmonopol des Staates. Ob die Länder der Dritten Welt, die sich nicht zu Unrecht über das Informationsoligopol der westlichen Agenturen ereifern, dies wirklich wollen? Auf jeden Fall kann es nicht im Interesse des Westens liegen, einen solchen Angriff auf die Informationsfreiheit zu sanktionieren und damit die sauer erkämpften Positionen zu räumen, die 1975 in der Schlußakte von Helsinki festgeschrieben worden sind. In ihrer heutigen Form ist die Unesco-Mediendeklaration vornehmlich ein Trittbrett für die Sowjetunion, die seit Jahr und Tag versucht, den „Korb III“ von Helsinki — über die Freizügigkeit von Menschen, Waren und Informationen — höherzuhängen, am liebsten ganz außer Reichweite.

Freilich darf die Gesamtheit der Dritten Welt nicht für die Sünden der Sowjetunion und ihrer autoritären Parteigänger in Afrika und Asien büßen. Manche Berichte aus der Dritten Welt könnten in der Tat „ausgewogener und vollständiger“ sein, wie die Deklaration es fordert. Außerdem befinden sich die Entwicklungsländer mit ihren Beschwerden in guter historischer Gesellschaft. Am Anfang dieses Jahrhunderts wurden alle Nachrichten von und nach Amerika von einem europäischen Kartell kontrolliert: von Reuters, Havas und Wolff. Das Resultat: In ihren Zeitungen lasen die Europäer hauptsächlich von marodierenden Indianern, gelynchten Negern und aufsehenerregenden Verbrechen — bis die Amerikaner ihre eigenen Nachrichtenagenturen AP und UPI auf die Beine stellten.

Die Moral der Geschichte: Es ist sinnvoller, den Informationsmarkt systematisch zu erweitern, als Journalisten an Hand ominöser Mediendeklarationen zu verpflichten, das zu schreiben, was sie schreiben sollen. Die Industrieländer haben bereits einen wichtigen Schritt nach vorn getan, um den legitimen Klagen der Dritten Welt entgegenzukommen: Anfang dieser Woche haben sie ein Acht-Millionen-Mark-Programm verkündet, das helfen soll, Journalisten in Afrika auszubilden.

Mahtar M'Bow, der Generalsekretär der Unesco, hat recht, wenn er behauptet, daß Journalisten, egal, wer sie sind, nicht absolut neutral sind. Sie sind auch nicht objektiv und unfehlbar und können deshalb auch nicht einer einzigen „Wahrheit“ das Wort reden. Wenn es überhaupt eine Chance für die „ausgewogene und vollständige“ Berichterstattung gibt, dann nur in einem möglichst großen und freien Informationsmarkt, der dem Konsumenten die Auswahl zwischen möglichst vielen Einzelwahrheiten überläßt.

Rundfunk-Debatte

# Kalte Dusche

## Eine Antwort an meine Kritiker / Von Gert von Paczensky

Die Kritik des Chefredakteurs von Radio Bremen, Gert von Paczensky, am Entwurf eines neuen Rundfunkgesetzes in der Hansestadt (ZEIT, 22. 9. 78) hatte zu einer Kontroverse mit der Gewerkschaft Rundfunk-Fernseh-Film-Union geführt (ZEIT, 20. 10. 78). Heute zieht Paczensky sein Resümee der Debatte.

Der Entwurf für ein radikal verändertes Radio-Bremen-Gesetz, den ich vor einigen Wochen in der ZEIT analysiert habe, hat in der von mir kritisierten Form wohl keine Chance mehr. Die verantwortlichen Sozialdemokraten Bremens haben klargemacht, daß sie das Rundfunkgesetz nur mit breiter Zustimmung der Bürgerschaft novellieren, also mindestens auch die Bedenken der FDP berücksichtigen wollen.

Die Äußerung des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick, es solle doch für alle selbstverständlich sein, daß eine Rundfunkanstalt nicht als Selbstverwaltungsangelegenheit der Beschäftigten, sondern in öffentlichem Auftrag und unter öffentlicher Kontrolle zu arbeiten habe, zielt just gegen diejenigen Punkte des Entwurfes, die ich in der ZEIT als besonders unakzeptabel hervorgehoben hatte.

Diese Entwicklung stellt für manche, die auf meinen Artikel in hysterischer Entrüstung und mit persönlicher Verunglimpfung reagiert hatten, eine kalte Dusche dar. Das war höchst notwendig — und es ist für eine breite Öffentlichkeit beruhigend. Denn immerhin hatten Verfechter eines Entwurfes, der nach weitverbreiteter Auffassung gegen das Grundgesetz verstößt, ausgerechnet den Kritiker ein „gestörtes Verhältnis zur Demokratie“ vorgeworfen: ein ebenso plummes Halbes-und-Dies-Geschrei wie die Unterstellung, ich hätte ein „gestörtes Verhältnis zur Arbeitnehmervertretung“ oder die Behauptung des Gewerkschafters Dieter Schiedling, die meisten Fernsehchefredakteure sähen eine „Bedrohung ihrer bisher nach unten fast unbeschränkten Macht“.

Bemerkenswert scheint mir auch die wiederholte Berufung auf Medienbeschlüsse des DGB und der SPD zu sein — der Glaube, die seien schon für jedermann bindend, wäre rührend naiv, würde er nicht so arrogant vorgetragen. So ist er beunruhigend, ebenso wie manche andere Argumentation, etwa die des Vorsitzenden Manfred Buchwald von Deutschen Journalistenverband. Er wählte die vergleichsweise unwichtige Frage der Zeitverträge für Funk- und Fernsehredakteure, um zu behaupten, Paczensky argumentiert „unredlich“, denn die Direktoren würden „alleinhalten und schon immer auf Zeit gewählt“ (Vorwärts, vom 5. Oktober). Aber unredlich ist eher

diese Behauptung, jedenfalls eine leicht feststellbare Unwahrheit, wie gerade ein Fernsehredakteur wie Buchwald wissen und wohl selbst die Redaktion des Vorwärts ahnen muß. Was hält man vom Vorsitzenden eines Journalistenverbandes, der so eklatant vormacht, was kein guter Journalismus ist?

Nicht viel schöner ist der Versuch des Vertreters der Rundfunk-, Film- und Fernsehunion (RFFU) Schiedling (ZEIT vom 20. Oktober), die für den Verwaltungsrat angestrebte Mitbestimmung als rein wirtschaftlich zu deklarieren. So natürlich würde schon nicht einmal die Bremer SPD-Bürgerschaftstraktion mehr argumentieren lassen. Hier laufen die Beratungen längst in verneinungsbahnen.

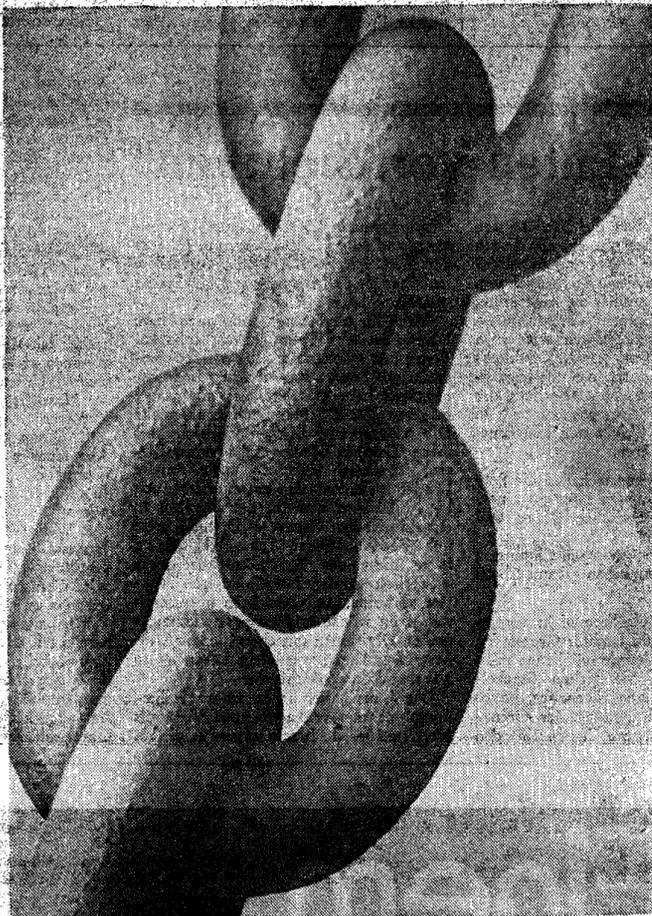
Was eine echte deutsche Grundsatzdebatte ist, kann natürlich nicht ohne persönliche Verunglimpfung auskommen. Auf Bremer und Berliner Gossen möchte ich nicht eingehen. Aber erwähnenswert ist, wie gern die Kritiker meiner Analyse mit dem Argument operieren, ich kämpfte nur für meine eigenen Interessen. Daß ich meine Erfahrungen berücksichtige, hat ja wohl den Vorteil, daß ich weiß, wovon ich rede. Aber meine Interessen, meine (wie Schiedling sagt) „nach unten fast unbeschränkte Macht“ sind gar kein echtes Argument: Ich gebe das Amt des Chefredakteurs 1980 auf, ob ein neues Gesetz kommt oder nicht. So ist es seit einem Jahr vereinbart, und das wissen diese Kritiker, oder sie hätten es bei der geringsten Beschäftigung mit dem ihnen so teuren Gegenstand wissen können.

Damit sind wir wieder bei der Frage der journalistischen Qualifikation, die ich in der ZEIT angeschnitten hatte. Nach wie vor glaube ich, daß die Privilegien der Angestellten des öffentlich-rechtlichen Monopols eine Gegenleistung verlangen: hohe Qualifikation. Daß ich manchen Mächtigen-Journalisten bei Radio Bremen diese anspreche, bedeutet keine Diffamierung der „Masse“, wie es ein Anhänger des Rundfunkentwurfs der Gewerkschaft auslegen wollte. Und damit habe ich natürlich schon gar nicht sagen wollen, daß Radio Bremen ein Monopol auf journalistische Fertigkeiten habe. Hier gibt es auch gute Qualität, und anderswo gibt es, wie diese Debatte gezeigt hat, durchaus Anfechtbares, bis herauf zur Spitze des Journalistenverbandes und der RFFU.

Mir scheint, die Verteidiger des öffentlich-rechtlichen Systems müßten sich allmählich der Frage stellen, ob nicht höhere Ansprüche an die Qualifikation der dort Tätigen gestellt werden sollten, als es mancherorten der Fall ist. Auf was sonst will dieses System eigentlich seinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit und Alleinsenderecht stützen? Diese Debatte ist sicherlich erst am Anfang.

## Die privaten Banken zum Produktivvermögen

# Banken: Von 150.000 Bankangestellten arbeiten 100.000 im „eigenen“ Betrieb - sie sind Bankaktionäre



Kapital und Arbeit. Wir Banken meinen, daß dies nicht mehr das klassische Gegensatzpaar unserer Gesellschaft ist. Wir setzen vielmehr auf ein produktives Miteinander.

In dieser Politik sind wir uns einig mit unseren Mitarbeitern. Von 150.000 Bankangestellten sind 100.000 zugleich Bankaktionäre. Bei den großen Aktienbanken halten sogar 80 Prozent der Belegschaft Aktien ihres Unternehmens. Ähnlich ist es in vielen anderen Firmen: Die Zahl der Belegschaftsaktionäre — Ende 1977 waren es über 700.000 — steigt rasch.

Wer als Arbeitnehmer zugleich Aktionär seines Unternehmens ist, vertraut auf die Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit. Er ist auf dem besten Weg, überholtes Gegensatz-Denken endgültig zu überwinden.



## Banken. Wir sind Unternehmer. In Geld und Kredit.

Wir, die Mitglieder des Bundesverbandes deutscher Banken: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.

### Sturm der Linken auf Radio Bremen

Der SPD-Zentralrat hat ein neues Rundfunkgesetz nicht als Verletzung des Grundgesetzes angesehen. Die SPD-Fraktion im Bundestag hat die Verletzung des Grundgesetzes durch die „Hanse“ zur Qualitätsfrage und zur Freiheit der Presse erklärt.

Kritik von Gert von Paczensky, Chefredakteur von Radio Bremen, im Gespräch mit Gert von Paczensky, Chefredakteur von Radio Bremen.

Damit fing alles an: Gert von Paczenskys Artikel in der ZEIT